UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES
JUN 11 1936
LIBRARY

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alles Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 14. Mai	Nr. 628

Lakehurst–Frankfurt in rund 49 Stunden.

An Bord des „Hindenburg", 14. Mai. Im Laufe der Nacht haben wir England überquert. Ohne London gesehen zu haben, das in dichtem Nebel lag, überflogen wir den Kanal und erreichten nördlich von Wissingen wieder das Festland. Obwohl es spät geworden war, regte sich in den Dörfern und Städten, die wir überflogen, noch Leben.

Die Gegend, die wir jetzt überflogen, ist meistens in Nebel und Dunst gehüllt, so daß nicht viel zu sehen ist. Vereinzelt nur ragen Schornsteine aus dem Dunst. Noch ehe uns recht klar wird, wo wir eigentlich sind, taucht unten unversehens eine große Halle auf. Das muß doch Frankfurt sein! Ja, es ist Frankfurt. Aber wir frensten noch eine Weile in der Höhe. Wir folgen der Reichsautobahn nach Darmstadt, die mit ihrer doppelten Fahrbahn das bekannte charakteristische Bild gibt.

Jetzt drehen wir uns wieder und gleiten über die Stadt hin. In geringer Höhe nähern wir uns abermals dem neuen Weltflughafen. Die Motoren werden abgedreht. In langsamer Fahrt gleiten wir dem Boden zu. Man sieht geschlossene Abteilungen des Arbeitsdienstes, der SA und der HJ mit Tauen über das Feld laufen. Das Luftschiff kommt zum Stillstand.

Von Lakehurst bis nach Frankfurt am Main hat „Hindenburg" 49 Stunden 3 Minuten gebraucht. In dieser geringen Zeit wurde die gewaltige Strecke von 6670 km zurückgelegt. Die erste Nordatlantikfahrt ist erfolgreich beendet.

Frankfurt a. Main, 14. Mai. In der neuen Luftschiffhalle hatten sich zur Begrüßung des von der Nordatlantikfahrt zurückgekehrten Luftschiffs „Hindenburg" der Reichsstatthalter und Gauleiter Sprenger und zahlreiche Vertreter der Stadt und der Bewegung eingefunden. Unter den Anwesenden bemerkte man Ministerialrat Christiansen und den Chefkonstrukteur Dr. Dürr.

Reichsstatthalter Sprenger begrüßte zunächst Kapitän Lehmann und gab dem Wunsche Ausdruck, daß sich die Besatzung im Gau Hessen-Nassau und in der Stadt Frankfurt a. Main für die Zukunft recht wohl fühlen werde. Er hoffe, daß das Luftschiff noch viele für das Ansehen Deutschlands in der Welt so hervorragende Fahrten ausführen werde wie die erste Nordatlantikfahrt. Der Reichsstatthalter schloß mit Worten des Dankes an die Leitung und die Besatzung des Luftschiffes für die glänzende Leistung.

Kapitän Lehmann sprach darauf den Dank für die herzliche Begrüßung aus.

Anschließend überreichte Reichsstatthalter Sprenger den Herren der Schiffsleitung als Andenken in Silber getriebene Schalen.

Oberbürgermeister Staatsrat Dr. Krebs sprach im Namen der Fahrgäste der ersten Nordamerikafahrt der Besatzung den Dank für alles das aus, was sie auf dieser Fahrt geleistet habe. Die erste Nordatlantikfahrt werde für alle Teilnehmer unvergeßlich bleiben. Auch er begrüße die Besatzung in ihrer neuen Heimat Frankfurt a. Main.

Zur gleichen Stunde, als „LZ Hindenburg" nach der Rückkehr von der Ueberfahrt in Frankfurt a. Main landete, startete auf dem alten Flughafen am Rebstock das Transatlantikflugzeug der Deutschen Lufthansa zum Flug nach Südamerika. Die Bedeutung Frankfurts als Weltflughafen kam damit eindrucksvoll zur Geltung.

„Ohne Hitlers Reich die Bolschewisten am Rhein".

Budapest, 13. Mai. Der Vorsitzende der Christlich-Sozialen Wirtschaftspartei **Dr. Karl Wolff** gab in der Aussprache des Parlaments über den Staatshaushalt eine Erklärung über die wachsende Gefahr Europas durch die bolschewistische Gefahr ab. Die Sowjetregierung müsse für die wachsende kommunistische Bewegung in Südamerika, Spanien und Frankreich verantwortlich gemacht werden. Nur der Völkerbund verkenne völlig diese drohende Gefahr.

In Spanien habe es sich gezeigt, daß ein beschwichtigter Katholizismus zum Kampf gegen die kommunistische Gefahr nicht genüge. Die Welt brauche heute ein Kampfbereites Christentum. Frankreich heuere dem Kommunismus zu. Es lägen zuverlässige Meldungen darüber vor, daß die Moskauer Regierung unter dem Weimarer Regime ungeführt ihre Wühlarbeit in Deutschland fortsetzen konnte. Das heutige Deutschland dagegen bilde mit seinen 70 Millionen Menschen einen gesunden geschlossenen Schutzwall gegen die Sowjetgefahr. Wenn Adolf Hitler nicht das Dritte Reich errichtet hätte ständen die Bolschewisten heute am Rhein.

Bei diesen Worten ertönten von den Regierungsbänken stürmische Eljen-Rufe.

Der Reichstagsabgeordnete der Regierungspartei Graf **Balffy-Daun** rief dazwischen: Deutschlands Fliegerstaffeln mögen Ungarn schützen!

Dr. Wolff führte dann weiter aus, in der heutigen europäischen Lage müsse Ungarn ein starkes Abwehrsystem gegen die bolschewistische Gefahr errichten. In Ungarn neigten insbesondere die jüdische Jugend, jüdische Presse, Kunst und Literatur dem Kommunismus zu. Auch die Sozialdemokratie sei, wie man es in Frankreich und in Spanien sehe, den Kommunismus gegenüber nicht nur völlig machtlos, sondern sogar bereit, mit den Kommunisten Bündnisse einzugehen.

Wolff schloß seine von der Regierungspartei mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem Appell zum Zusammenschluß aller auf der Grundlage einer christlich nationalen Politik stehenden Elemente zum Kampf gegen die Weltgefahr des Kommunismus.

Die guten Beziehungen Ungarns zu Deutschland.

Budapest, 13. Mai. Der Abgeordnete der Regierungspartei Graf **Viktor Karolyi** gab am Mittwoch im Parlament eine Erklärung ab, in der er sich befriedigt über die Außenpolitik der Regierung Gömbös äußerte, die die guten Beziehungen zu Italien, Polen und Deutschland ausbaue. Ein besonders erfreuliches Moment sei die Orientierung in Richtung des Dritten Reiches. Der überwiegende Teil der ungarischen Nation billige diese Außenpolitik der Regierung. Nur ein zahlenmäßig kleiner Teil, der sich aus Legitimisten, Sozialdemokraten und Juden zusammensetze, verfuche, diese Richtung der ungarischen Außenpolitik zu durchkreuzen.

Graf Karolyi schloß seine Ausführungen mit der Feststellung: „Die guten Beziehungen Ungarns zu Deutschland führen zur ungarischen Außerstehung."

Ratstagung bis 16. Juni unterbrochen.

Genf, 13. Mai. Der Völkerbundsrat hat am Mittwoch abend die noch auf der Tagesordnung stehenden Fragen erledigt und hierauf seine 92. Tagung bis Dienstag, den 16. Juni, unterbrochen. Eine Aussprache entwickelte sich bei dem Bericht über die Zusammensetzung des Völkerbundsrates, wonach für die seiner regionalen Gruppe angehörenden Staaten ein nichtständiger Ratssitz geschaffen werden soll.

Der portugiesische Vertreter **Vasconcellos** wies darauf hin, daß es sich dabei um 14 Staaten handele, von denen jeder nach diesem System nur einmal in 42 Jahren auf einen Sitz im Rat vertreten zu sein könne. Eine Anregung Litvinoms, eine häufigere Vertretung im Rat durch Verkürzung der Mandatsdauer auf ein Jahr zu schaffen, wurde abgelehnt.

In dem Bericht über die **Finanzlage** in Oesterreich, Bulgarien, Ungarn und Griechenland wird erklärt, in Oesterreich und Ungarn hätten sich die Verhältnisse gebessert. Was **Oesterreich** betreffe, so könne die Hoffnung auf eine stetige Besserung der Staatsfinanzen sich jedoch nur verwirklichen, wenn eine neue Erhöhung der Ausgaben vermieden werde. In **Ungarn** sei trotz einer gewissen Besserung im Laufe des letzten Finanzjahres keine unmittelbare Aussicht auf Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts zu erkennen und die Verluste der staatlichen Metallwerke belasteten weiterhin die Staatsfinanzen ernstlich. In **Bulgarien** seien gewisse Finanzreformen durchgeführt worden, aber die Bilanz des Budgets lege, liefen jedoch noch auf sich warten. Der bulgarischen Regierung wird gestattet, die Tilgung auf Schatzscheine aus dem Jahre 1935 während des gegenwärtigen Finanzjahres zu unterbrechen und den Gewinn aus der Prägung von Scheidemünzen der Jahre 1931–34 vorläufig nicht an die Nationalbank abzuführen. In **Estland**, das im Jahre 1927 eine Völkerbundsanleihe aufgenommen hat, sind, wie der Bericht hervorhebt, die Staatsfinanzen in einem sehr befriedigenden Zustand. Die wirtschaftliche Lage habe sich seit dem Jahre 1933 fortschreitend gebessert und die estnische Regierung sei zu der Art, wie sie den Schwierigkeiten entgegengetreten sei, zu beglückwünschen.

In einem Bericht des juristischen Komites über die Wahl eines neuen Mitgliedes des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im **Haag** als Nachfolger des zurückgetretenen chinesischen Richters Wang wird angeregt, die Bedingungen festzusetzen, unter denen Deutschland, Brasilien und Japan an der Wahl der Mitglieder des Gerichtshofes teilnehmen können. In Ermangelung einer besonderen Vereinbarung sei diese Festsetzung Sache der Versammlung, wie auf Vorschlag des Rates tätig werde. Ehe sich der Rat hierüber aussprechen, werde er zweckmäßigerweise diesen Ländern Gelegenheit geben wollen, ihre Auffassungen mitzuteilen.

Demgemäß wurde der Generalsekretär aufgefordert, entsprechende Erkundigungen einzuziehen.

Endgültig erledigt wurde in der heutigen Sitzung schließlich die Angelegenheit der Minderheitenschulen in **Albanien**. Nachdem sich der Rat bereits im Januar hinsichtlich der Regelung des Schulwesens der sprachlichen Minderheiten für befriedigt erklärt hatte, nahm er heute hinsichtlich der konfessionelle Schulen von einem soeben erlassenen albanischen Gesetz über Eröffnung, Betrieb und Beaufsichtigung von Schulen, die von Einzelpersonen oder Gemeinschaften unterhalten werden, Kenntnis. Nach seiner Auffassung sind darin die Grundsätze der albanischen Erklärung vom 2. Oktober 1921 über den freien Gebrauch der Muttersprache in Minderheitsschulen gewahrt. Der albanischen Regierung sprach der Rat seine Anerkennung für ihren guten Willen und ihr wirksames Vorgehen bei der Regelung dieser Frage aus.

In der **nichtöffentlichen Sitzung**, die der Annahme dieser Entschließungen vorangegangen war, wurde anläßlich eines Berichts über **Sklavereifragen** die rechtliche Stellung **Abessiniens** im Völkerbund erneut gestreift. Unter den Schriftstücken, die dieser Bericht enthält, befand sich auch eine Mitteilung der italienischen Regierung über die Sklaverei in Abessinien.

Eden wies darauf hin, daß es Sache des Rates sei, diese italienische Mitteilung der abessinischen Regierung zur Kenntnis zu bringen. Eden warf außerdem die Frage auf, ob eine Veröffentlichung des Schriftstückes erfolgen solle angesichts der Tatsache, daß gewisse Informationen im Laufe militärischer Handlungen, die in Verletzung des Paktes unternommen wurden, erlangt worden seien. Offenbar werde der Rat eine Veröffentlichung derartigen Materials nicht für möglich halten.

Der spanische Vertreter schlug demgegenüber vor, das Dokument zwar zu veröffentlichen, aber dann zu bemerken, daß dieses Dokument in keiner Weise die Auffassung des Rates über das italienische Vorgehen in Abessinien ändere.

Auf Vorschlag Edens beschloß der Rat schließlich, die Frage des **Locarnovertrages** auf seine Juni-Tagung zu verschieben.

Radikalsozialisten für Beteiligung an Volksfront.

Paris, 13. Mai. Der Vollzugsausschuß der Radikalsozialistischen Partei trat am Mittwoch nachmittag unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden Daladier zusammen. Die Zusammenkunft war beschlossen worden, um dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär der Partei Gelegenheit zu geben, den Vollzugsausschuß amtlich von dem Arbeitsangebot im Rahmen der Volksfront zu unterrichten.

Der Vollzugsausschuß der Radikalsozialistischen Partei beschloß nach kurzer Beratung einstimmig, das Angebot, sich an der Volksfront zu beteiligen, wie es ihr von der Sozialistischen Partei gemacht worden war, anzunehmen.

Über die Sitzung wurde eine Pressemitteilung ausgegeben, in der es heißt, der Ausschuß habe beschlossen, dem nächsten Vollzugsrat vorzuschlagen, alle Organisationen der Partei und ihre Abgeordneten zu beauftragen, die regierungsmäßige und parlamentarische Mitarbeit an der Volksfront anzunehmen.

Der Vollzugsrat wird wahrscheinlich am 24. Mai in Paris zusammentreten.

Streikunruhen bei Lyon.

Paris, 13. Mai. In **Villeurbanne** bei **Lyon** ist es am Mittwoch zu ernsten Ausschreitungen gekommen. Die Arbeiter der Kunstseidenfabriken, die sich seit einiger Zeit zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen im Ausstand befinden, hatten schon in den letzten Tagen versucht, die Arbeitswilligen am Betreten der Betriebe zu verhindern, indem sie die Omnibusse mit Arbeitswilligen anhielten.

Am Mittwoch lagen sich zahlreiche Arbeiterfrauen und Kinder auf die Fahrstraße, die die Omnibusse mit den Arbeitswilligen benutzen mußten. Als Polizeibeamte sich anschickten, die Straße freizumachen, wurden die Omnibusse von einer etwa 400köpfigen Menge, die sich inzwischen zusammengerottet hatte, mit Steinen beworfen. Es kam zu einem lebhaften Handgemenge zwischen der Menge und dem Ordnungsdienst, bei dem mehrere Polizisten und Angehörige der Republikanischen Garde sowie eine Anzahl Kundgeber verletzt wurden. Unter den Demonstranten befanden sich auch Ausländer und Arbeitslose, die nicht zur Belegschaft der bestreikten Seidenfabriken gehörten.

„Im Namen des Königs und Kaisers".

Rom, 13. Mai. Auf Grund eines Erlasses des italienischen Justizministeriums müssen sofort sämtliche juristischen Akte folgende Einleitungsformel aufweisen: „Im Namen Seiner Majestät, Viktor Emanuels III., durch Gottes Gnaden und den Willen der Nation König von Italien und Kaiser von Abessinien."

Der Wiederaufbau von Addis Abeba.

Asmara, 14. Mai. Wie aus Addis Abeba verlautet, beschäftigen sich die italienischen Behörden eingehend mit der Umwandlung der alten abessinischen Hauptstadt in einen modernen Mittelpunkt ihres neu geschaffenen ostafrikanischen Reiches.

Der zum Zivilgouverneur von Addis Abeba ernannte frühere Gouverneur von Rom, Bottai, hat einen Plan ausgearbeitet, der in erster Linie die Neuordnung des Gesundheitswesens vorsieht. Als zweiter Schritt soll die Indienstellung öffentlicher Arbeitsmittel folgen. Die dritte große Aufgabe liegt in der Schaffung großer Kasernenanlagen. Zur Sicherung der Wiederaufbauarbeit wird eine zuverlässige Ortspolizei geschaffen werden, deren Abteilungen jetzt zusammengestellt werden.

Italien wünscht keine „Dum-Dum"-Veröffentlichung.

London, 14. Mai. Nach einer Meldung aus **Genf** hat die italienische Regierung den Völkerbund gebeten, von der Veröffentlichung der italienischen Note über den angeblichen Gebrauch britischer Dum-Dum-Geschosse in der abessinischen Armee abzusehen. Wie der **Daily Telegraph** mitteilt, wird infolgedessen auch die Veröffentlichung der britischen Antwort vorläufig nicht erfolgen.

Das Befinden des Negus.

London, 14. Mai. Nach Berichten aus Jerusalem sind die in den letzten Tagen verbreiteten Meldungen über eine ernste Krankheit des abessinischen Kaisers eine starke Uebertreibung. Der Negus leide nur an einer Nervenüberreizung. Er halte jedoch täglich Besprechungen mit seinem Gefolge ab.

Der Negus will nach England und Genf.

London, 13. Mai. In einer Unterredung mit dem **Reuter**-Vertreter in Jerusalem sagte der **Negus**: „Wir haben noch keine Pläne gemacht, beabsichtigen aber, später nach England zu gehen und nur der nächsten Ratstagung Genf zu besuchen. Wir sind entschlossen, die Verteidigung unserer gerechten Sache fortzusetzen und friedlich für die Befreiung unseres geliebten Landes von ausländischer militärischer Herrschaft zu arbeiten. Unsere Augen sind stets dem Völkerbund zugewandt, auf den wir vertrauen, wenn sich ereignet hat, noch vertrauen, damit die volle und überlieferte Unabhängigkeit Abessiniens wieder hergestellt werden möge."

Abessinische Ersatzregierung?

London, 14. Mai. Wie **Reuter** aus Khartum meldet, scheint in **Gore**, der von Addis Abeba etwa 350 Kilometer südwestlich gelegenen Hauptstadt Westabessiniens, eine Art abessinische Regierung in Tätigkeit getreten zu sein. Nach der Flucht des Negus hätten sich mehrere abessinische Minister dorthin begeben und auch die Staatsarchive mitgenommen. Die Stadt Gore zähle etwa 4000 Einwohner.

Nach einer Mitteilung des britischen Konsuls in Westabessinien, Kapitän **Erskine**, ist in diesem Bezirk alles ruhig. Die abessinischen Behörden hätten die Polizei verstärkt, um Ausschreitungen zu verhindern, die durch aus dem Osten eintreffende bewaffnete Flüchtlinge hervorgerufen werden könnten. Diese Polizei bewache die Straßen und fange bewaffnete Banden ab, die hauptsächlich für die seinerzeit herrschenden Hungerdrangsalierungen in Addis Abeba verantwortlich zu machen seien. Teilweise kehrten die Männer, die in diesen Bezirken beheimatet seien und aus den Kriegsgebieten zurückkämen, zu ihrer Farmarbeit zurück.

Britischer Schlachtkreuzer geht ins Mittelmeer.

London, 14. Mai. Der große Schlachtkreuzer „**Repulse**" wird am 8. Juni zur Verstärkung der britischen Flotte nach dem Mittelmeer in See gehen. Die „Repulse", die nach dem jetzigen Umbau statt 25500 eine Wasserverdrängung von 32000 Tonnen hat, ist besonders für den Kampf mit Flugzeugen ausgerüstet worden. Außer einer starken Flugabwehr hat das Kriegsschiff vier Kampfflugzeuge an Bord.

Zuchthaus für Hochverrat.

Stettin, 14. Mai. Der in Stettin tagende 4. Strafsenat des Kammergerichts Berlin verhandelte gegen insgesamt 25 ehemalige Kommunisten und Angehörige der SPD, die in den Jahren 1933 bis 1935 ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitet haben. Nach zweitägiger Verhandlung wurde zunächst gegen neun Angeklagte, die alle aus Stettin stammen, das Urteil gefällt. Fünf Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen von vier bis fünf Jahren und Ehrverlust bei Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Vier Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.